

Scheidung zwischen denjenigen Interessenwidersprüchen, die für ihre Lösung bzw. Bewegung staatlicher Autorität und Aktivität bedürfen, und denjenigen, die sich ohne staatliche Einflußnahme bewegen können. Der sozialistische Staat erlangt die Fähigkeit zu dieser Differenzierung, weil er unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei die umfassendste politische Organisationsform der maßgeblichen Interessenträger in der Gesellschaft darstellt. Indem die Werktätigen als Träger konkreter, durch unterschiedliche Klassenzugehörigkeit, differenzierte Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß bestimmter Interessen sich im Staat organisieren, wird der sozialistische Staat zur politisch organisierten Form des in der Gesellschaft existierenden Systems von Interessen. Die staatliche Form der Entscheidung über die Interessen und ihren Zusammenhang sichert die Herrschaft der Interessen der Arbeiterklasse bei der Bewertung der wesentlichen in der Gesellschaft auftretenden Interessen. Mit dieser Auffassung wird zugleich allen bürgerlichen und revisionistischen pluralistischen Konzeptionen eine Absage erteilt.

Pluralismuskonzeptionen gehen im Kern immer von einer Gleichwertigkeit der Interessen im politischen Prozeß aus. Wenn festgestellt wurde, daß der sozialistische Staat die organisatorische Form des Systems der in der Gesellschaft vorhandenen Interessen ist, wird damit von vornherein jede Gleichwertigkeit und Gleichwertigkeit der Interessen ausgeschlossen. Die marxistisch-leninistische Theorie bestreitet keineswegs die Unterscheidbarkeit und Unterschiedlichkeit von Interessen. Sie hebt im Unterschied zu den Pluralismustheoretikern deren objektiven Zusammenhang und unterschiedliche Wertigkeit für den politischen Entscheidungsprozeß hervor. Das sich im sozialistischen Staat verkörpernde System von Interessen ist objektiv im System der sozialistischen Produktionsverhältnisse angelegt sowie in der sozialistischen Klassen- und Sozialstruktur verwurzelt.

Wie bereits dargelegt, kommt den Interessen als Triebkräften eine vermittelnde Rolle zwischen der objektiven Realität und dem bewußten menschlichen Handeln zu. Diese Vermittlerrolle führt immer wieder zu der Frage, ob Interessen erst dann zu Triebkräften des Handelns werden, wenn sich die Subjekte ihrer bewußt sind, oder ob sie auch unabhängig von diesem Bewußtsein, sozusagen „hinter dem Rücken der Subjekte“, als Triebkräfte wirken. In der Diskussion zu dieser Frage wurden bisher alle drei denkbaren Antworten gegeben²¹:

21 Eine Systematisierung der in der DDR zu dieser Frage zugänglichen Literatur hat Voigt vorgenommen. Die Literaturobwertung stützt sich im folgenden auf: P. Voigt, „Theoretische Standpunkte zu den Bedürfnissen und Interessen als Triebkraft des gesellschaftlichen und individuellen Handelns. Literaturstudie“, in: *Zu Problemen der Bedürfnisentwicklung in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft*, Berlin 1981, S. 83ff. (Thematische Information und Dokumentation, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Reihe A, H.26); dies., *Die Interessen als Triebkraft bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft*, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1982, S. 20ff. (phil. Diss. B).